

Bezugspreis

In der Hauptpoststelle oder den im Stadtgebiet und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgezahlt: vierzehntäglich 4.50, bei zweimaliger wöchentlicher Auslieferung 4.25. Durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich: vierzehntäglich 4.6.— Direkte tägliche Auslieferung durch Postkunde: monatlich 4.7.00.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7 Uhr, die Abend-Ausgabe Dienstag um 7 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Dohausstraße 8.

Die Expedition ist Wochenlang ununterbrochen geöffnet von Mittwoch 8 bis Sonntag 7 Uhr.

Filialen:

Otto Stamm's Berlin, Alfred Hahn, Unterstrasse 8 (Paulinum).

Louis Löde, Rathausstr. 14, part. und Königplatz 2.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Mittwoch den 21. Juli 1897.

Anzeigen-Preis

Die beigepflichtete Beitragssteife 20 Pf.
Reklamen unter dem Rebatientensteife (40 Pf.)
(gepflichtet) 80 Pf., von den Sammlern nach
Gebühren 40 Pf.

Gehende Schriften laut auferem Preis-
verzeichniß. Tabellarischer und Säulen-
aufschluß nach höherem Tarif.

Extra-Billagen (zeitl.), nur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Veröffentlichung
40.— mit Veröffentlichung 40.—

Annahmeschluß für Anzeigen:

Abend-Ausgabe: Mittwoch 10 Uhr.

Morgen-Ausgabe: Nachmittag 4 Uhr.

Bei den Billigen und Annahmen je eine
halbe Stunde früher.

Anzeigen sind bitte an die Expedition
zu richten.

Druck und Verlag von C. Volz in Leipzig.

Nr. 367.

91. Jahrgang.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 21. Juli.

Wenn Herr Dr. v. Miquel bewußt ist im preußischen Kontakte Stellung zu der neuen Forderung des Bundes der Landwirthe — sechsmonatige Getreidebegrenzung — zu nehmen, geschieht wieder, so würde es sich sehr füre fassen lassen, denn das preußische Ministerium und mit ihm die Reichsregierung in bereits der Wüste überholen, zu prüfen, ob vielleicht, wie der Bundesvorstand zur Begründung seiner Forderung behauptet, der Berliner Getreidegeschäft das deutsche Brodtgewerbe beschädigt habe oder zu beschädigen bedrohte. Die dahin gehende Behauptung der Herren von Ploeg, Dr. Höhne und Dr. Hahn schreit nicht mehr in der Luft, sie liegt platt am Boden. Kein einziger größerer conservativer oder agraristisches Organ, das nicht vom Brude abhängt, in der Bundesvertretung zu Hilfe gekommen. „Kreuzzeitung“, „Polt“, „Reichsblatt“, keines von ihnen getraut sich, von einer Berufserklärung zu sprechen. Andernfalls zugestehen, daß eine solche nicht erfolgt ist oder droht, wäre den meisten Blättern dieser Richtung allerdings zu sauer. Sie heiden daher ihre Ablehnung des Antrags des Bundes in rechtliche Auslandserzeugungen, und denen die Unzulänglichkeit eines Einfuhrverbotes hervorgeht, im Uebrigen suchen sie mildeste Ausflüsse für das Unterfangen des Herrn v. Ploeg und seiner Vertrauten gegenüber. Die „Kreuzzeitung“ insbesondere meint, die Engage sei gewiß ein Zeichen der landwirtschaftlichen Not: „So weitgekrete Maßregeln verlangt kein Stand und keine Partei etwas zwanzige Gehalte.“ Die „Kreuzzeitung“ versteht, daß die „Engage“ nicht von einem Stande, sondern von drei Herren berührte, denen der Vorrat an Agitationssstoff auszugehen droht. Die letztere Sorge bestt die „Kreuzzeitung“ für ihre Partei überzeugt auch. Sie greift direkt auf den Antrag Kanzler zurück; die Regierung müßten ihre Stellung zu diesem „revidieren“. Die Begründung ist einzig: „Doch der Streit zwischen Handeln und Landwirthe, den Abzug der deutschen Krone reizvoll und verzögert, ist unabstreichbar. Bundesrat und Reichstag können also nicht verstehen, daß die Regierung die landwirtschaftliche Krise so facto zeitweise verschärfte hat, und es liegt diesen Factorien auch die Verpflichtung ob, das Mögliche zu thun, um die dauernde Verbindung zu beibehalten.“ „Polt“ — das Vorsitzende zieht den Antrag Kanzler notwendig nach sich. Die Vorsitzende wird sich dieser Deputation judentisch demütigen und wohl auch fragen, ob vielleicht die Conservatoren diese Konvention vorzuschlagen, als sie die Regierung zu einer Börsenregelung drängten, und ob diese letztere nur als Mittel zum Zwecke geboten habe. Wie wir unten wollen nur darauf hinzuweisen, daß nicht das Vorsitzende, sondern eine Verordnung der preußischen Regierung von den Berliner Präsidentenbüros als der Anfang zum Streit bezeichnet wird. Es läge also näher, die Revision dieser Verordnung zu empfehlen, als diejenige der Stellung zum Antrag Kanzler, der — keineswegs bewußt — alle jene völkerrechtlichen Bedenken herausfordert, die die „Kreuzzeitung“ dem neuen Verlangen der Bundesregierung entgegenstellt. Außerdem: Bundesrat und Reichstag haben nur in Preußen und nur für einen Theil der Monarchie die landwirtschaftliche Krise so facto verschärf't. Bei uns z. B. ist, wie aus dem Berichte der Leipziger Handelskammer hervorgeht, die Durchführung des Börsengesetzes glatt verlaufen. Will man vielleicht durch

Herrn v. d. Reth und die „Kreuz. Allg. Zeit.“ die Zulässigkeit einer preußischen Particular-Lex Kanzler darum lassen?

Die durch das Getrennen der, hoffentlich leichten, Abstimmung über das Vereinsschein, sowie durch die neuzeitliche „Engage“ des Bundes der Landwirthe noch gefestigte politische Erzeugung zeitig in der Preuß. Wahlbeherrschung, die ihrem Ursprung angemessen sind: sie hätten an der Übernahme. So ergibt sich die „Kön. Zeit.“ in einer „Engen Richt“ überzeichneten Fortsetzung, in welcher diesem Herrn persönlich seine politische Verblendung zum Vorwurf gemacht, im Uebrigen aber ausgeführt wird, daß Nationalliberale und Freimaurer Vereinigung nicht schwer ein Einvernehmen unter sich herstellen könnten und daß diese beiden Parteien, um bei den nächsten Wahlen gegen die agrarischen und junghistorischen Angriffe mit Erfolg anzukämpfen, eine „gewisse Westerfahrt“ zeigen müßten. Sie hätten nämlich den Kreis Deter, die sich gegen die Bergwerksvereinigung zusammenstellten, möglichst weit zu ziehen und selbst solche Elemente, wie das Centrum, in ihr aufzunehmen, die man an sich nicht nicht als liberal bezeichnen kann. Wie Aufnahme der Oberbier, die ihren Weizen blühen soviel zur Umsetzung des Vorhabens ausführbar, berührte in allen Volksklassen stärkste Unzufriedenheit, und selbst solche Männer, die man als recht mäßig und gebildet kennzeichnen könnte, wollten nicht mehr mitmachen, sondern durchaus geneigt, sich der herrschenden Strömung anzupassen. Darauf beruhte die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit „eines antiagrarischen Wahlersfolges“, aber nicht hierauf allein, sondern auch der Uneinigkeit zwischen Conservativen, Antisemiten und Band der Landwirthe. Die zwei letzten Namen zeigen schon, daß der Wahlerfolg einer auf die allgemeine Unzufriedenheit begründeten „antiagrarischen“ Garde nicht sehr tief durchdringt ist. Der Bund ist ganz im holden Sinne geliebt und die Antisemiten reden vor Allem aus den Osten; doch sie beide pflichten sollen, läßt sich aber nicht wohl behaupten. Dazu abgesehen, was soll man sich unter einem „antiagrarischen Wahlersfolge“ vorstellen und wie ist vom Standpunkt eines „Antiagrarerkamts“ der jetzige Reichstag zu beurteilen? Es ist aufagrarisch, denn er hat mit sehr großer Mehrheit den Antrag Kanzler abgelehnt. Es ist aber auch agrarisch, denn die Anteile des Bundes der Landwirthe an einschneidenden Beschlüssen des Margarinegesetzes haben seine Zustimmung gefunden. Da sich eben das Centrum, mit dem Nationalliberalen und Freimaurer belustigt Erzielung antiagrarischer Erfolgs nach dem Wahlekt der „Königlichen Zeitung“ pacieren sollen, sich dogmatisch gezeigt. Und sind etwa die Nationalliberalen, die in beiden Abstimmungen zu den Abgeordneten zählten, in dem Sinne antiagrarisch, wie es die Freimaurer Vereinigung mit ihrem Herrn Dr. Barth ist? Eine Reihe wichtiger parlamentarischer Entscheidungen verzögert diese Frage für die Vergangenheit, und was die Zukunft angeht, so können wir immer wieder nur an Herrn Barth erinnern, der in der Frage des Böllschwes für die landwirtschaftliche Erzeugnisse eines von der Preuß. der Freimaurer Vereinigung bestigt angegriffen „agraristischen“ Standpunkts unter ungemeiner Zustimmung seiner im Uebrigen jetzt gerade nicht sehr mit ihm zufriedenen nationalliberalen Vorliegen eingenommen hat. Die „Kön. Zeit.“ will also offenbar selbst nicht, was sie mit Mitteln erreichen will, deren Anwendung auch nicht verantworbare, wenn ein klares Ziel gezeigt werden würde.

Das rheinische Blatt räumt ein, daß Centrum sei nicht weniger aber liberal. Es ist aber auch nicht national, sondern antisnational, und es gehört ungeheure Empfindlichkeit für Augenblickseinträge dazu, um, wie die „Kön. Zeit.“ es thut, den Nationalliberalen ein Blühd mit dem Ultramontanen mit der Klerikerei zu empfehlen, daß „man jedemwohl größeren Zwecken der Volksvertrete schreien, so ist durch die Anstrengung der Lehrerung die Deutschlands in gewissem Sinne vorgesorgt. Das „Made in Germany“ hat unsere Waaren so gut bekannt gemacht, daß wir höchstlich auch des britischen Zwischenhandels ganz entkeben können und uns immer mehr direkt an consummende Staaten wenden können.

Die serbische Regierung, die bekanntlich in letzter Zeit jeden „Hammelelfen“, der sich an der illyrischen Grenze zwischen ihren Unterthauen und den benachbarten Albanen abspielte, zum Gegenstand einer diplomatischen Action macht, beginnt erste militärische Vorbereitungen zu treffen. Der König selbst hat dies den Abgeordneten der Slavofranja, welche thürlich im Sonal erschienen waren, in einer Ansprache angekündigt. „Wie Ihnen bekannt ist“, sagte König Alexander, „waren im Laufe des ersten Semesters dieses Jahres die politischen Verhältnisse der Balkanstaaten trüb und gefährlich Natur. Damit die Ereignisse und nicht unverzweigt finden, haben ich und meine Regierung, die mein volles Vertrauen genießt, verschiedene Maßregeln ergriffen, welche auf Stärkung unserer Militärmacht und verbesserte Vorbereitung der materiellen Bereitschaft der Armeen abzielen. Ich begleite die Überzeugung, daß Sie die Notwendigkeit dieser Maßnahmen erkennen werden. Ich empfehle Ihnen daher, alle hierauf beziehenden Vorlagen, welche meine Regierung unterbreiten wird, ernst zu prüfen und im Vereine mit ihr einer Erledigung zu wünschen.“ Zu gleicher Zeit kündigte der König des Slavofranja an, daß die im Manifest vom 9. Mai 1894 verabschiedete Verfassungs-Reform, so lange die antikirchlichen Angelegenheiten ungelöst bleibten, absolut nicht in Angriff genommen werden könne. Nach diesen Worten fließen zum Überfluß deutscher Chamberlain die Verbündungen auch noch als rein private, so daß eine weitere Beurteilung nicht eintrat. Da kommt jetzt plötzlich die Nachricht aus Venetien und das „Berl. Tagebl.“ macht sich zu ihrem Verbreiter, der Vorkämpfer des Kolonien Englands mit seinen Colonien, der Premierminister von Kanada, Wilfried Laurier, lebt in seine Heimat mit der österreichischen Sicherung, der englischen Regierung juriert, daß Großbritannien beschlossen habe, die Handelsverträge mit Deutschland und Belgien aufzulösen. Diese Entschließung, so meldet das Blatt, wurde am 12. Juli getroffen. Ganz unvorbereitet trifft uns ja die Nachricht nicht. In der englischen Presse waren in den letzten Tagen schon Stimmen laut geworden, die einen solchen Schritt befürworteten. Nach den „Daily News“ soll sogar der Golden-Globe dafür sein. Im Grunde genommen will Kanada nur die Aufhebung der Westbegrenzungsklausel, aber man sieht sich in England sehr dringender als die Verstärkung gewisser Phantomen, welche die Stärke des Friedens Europa zur Folge haben würden. Die serbische Regierung möge sich das Schicksal Griechenlands vor Augen halten und sich auch der Warnung erinnern, welche Österreich und Russland vor wenigen Wochen an die thronunterthünen Balkanstaaten riefen. Die Verhältnisse und insbesondere die freundlichen Beziehungen zwischen den Gabinetten von Wien und Petersburg haben sich seit jener Zeit nicht geändert. Im Uebrigen befinden sich auch die finanzirten Serben in einem so wenig glänzenden Zustand, daß dessen Regierung viel mehr im Interesse des Landes handeln würde, wenn sie ihre Aufmerksamkeit der Ordnung deselben zuwenden würde, anstatt durch sozialistische Kräfte angestrebt zu werden. Daß die Einflussnahme Europas nimmer wird erreichen können.

W.

